

(Abgeordneter Sattner.)

- (A) wendigkeit besteht, auch dieser Widerstand überwunden werden muß, in Bayern sowohl, als noch viel mehr hier bei uns in Sachsen.

(Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.)

Ich möchte aber doch noch einen Gesichtspunkt hervorheben, der gerade bei uns eine Reform der Ersten Kammer am allernotwendigsten macht und den man gar nicht genug betonen kann. Wir haben kaum eine andere Verfassung — mir wenigstens ist in Deutschland keine andere Verfassung bekannt —, bei der der Ersten Kammer so große und so weitgehende Rechte zugebilligt werden wie in Sachsen,

(Sehr richtig!)

wo die Erste Kammer die volle Gleichberechtigung mit der Zweiten Kammer hat.

(Sehr richtig!)

- In Preußen z. B. hat das Herrenhaus nur das Recht, das Budget im ganzen anzunehmen oder abzulehnen. Es darf keine Änderungen in Einzelheiten im Budget vornehmen. Das ist eine wesentliche Einschränkung der Rechte des Herrenhauses, dem gegenüber die Rechte unserer Ersten Kammer weit größer sind. Wenn wir der Ersten Kammer so große Rechte lassen sollen, müssen wir allerdings verlangen, daß die Erste Kammer auch so zusammengesetzt ist, wie es der Jetztzeit entspricht, wie es
- (B) — ich sage das nochmals im Gegensatz zum Herrn Staatsminister — eine Staatsnotwendigkeit geworden ist.

(Lebhafte Zustimmung.)

Daß das eine Staatsnotwendigkeit ist, hat ja auch der Herr Vizepräsident Dpiß anerkannt. Der Herr Vizepräsident Dpiß ist leider verhindert,

(Zuruf: Die Wirkung seiner Rede zu hören!)

der Verhandlung beizuwohnen. Ich kann aber trotzdem nicht unterlassen, auf seine Ausführungen einzugehen. Und da möchte ich voranstellen den Satz, daß ich mich gefreut habe, daß seine heutigen Ausführungen unserer Forderung um eine ganz wesentliche Nuance freundlicher gegenübergestanden haben als seine Ausführungen in den letzten Jahren.

(Abgeordneter Dr. Böhme: Das ist immer so gewesen!)

Nein, Herr Dr. Böhme, das ist nicht immer so gewesen.

(Abgeordneter Dr. Böhme: Ganz gewiß!)

Nein, Herr Kollege Böhme, da muß ich ganz entschieden widersprechen. Ich habe jetzt natürlich keine Zeit, Ihnen die ganze Rede des Herrn Abgeordneten Dpiß vor zwei Jahren vorzulesen, aber ich könnte es Ihnen aus dieser Rede glatt nachweisen.

Meine Herren! Es ist natürlich auch jetzt noch ein gewisser Unterschied zwischen der Stellung der konservativen Partei und der unsrigen, der auch in der Fassung der Anträge zur Geltung kommt, die früher von der konservativen Partei gestellt worden sind. Der Antrag, der im Jahre 1903/04 gestellt worden ist, ist ganz gleichlautend mit dem Antrage von 1907/08 und ging dahin, die Regierung zu ersuchen, in Erwägung darüber einzutreten, in welcher Weise bei der Zusammensetzung der Ersten Kammer den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen durch eine entsprechendere Berücksichtigung der Industrie, des Handels und Gewerbes und des Mittelstandes Rechnung getragen werden kann. Diese bloße Bitte, „in Erwägung einzutreten“, ist natürlich erheblich weniger als unsere Forderung. Sie setzt noch nicht als Bestimmung voraus, daß eine Notwendigkeit vorhanden ist, überläßt der Regierung vielmehr, was wir ihr nicht überlassen wollen. Aber wenn man dazu die heutigen Ausführungen des Herrn Vizepräsidenten Dpiß nimmt, so kann man doch gar nicht verkennen, daß die milde Form lediglich darum gewählt worden ist, um der Regierung die volle Führung zu überweisen

(Sehr richtig!)

und ihr die Möglichkeit zu geben, einen Entwurf vorzulegen, der dann die Zustimmung beider Kammern finden kann. Ich glaube, daß dieser Weg taktisch von der konservativen Partei gar nicht unklug gewählt worden ist. Wir hätten uns gern auf einen gleichen Weg beschränkt, wenn wir nicht — und darin liegt die Meinungsverschiedenheit zwischen unseren beiden Parteien — durch die Erfahrung gezwungen worden wären, etwas eingehender das, was wir wünschen, zu schildern, den Fingerzeig zu geben, den der Herr Minister in seiner Rede gewünscht hat. Wenn wir nicht noch ausführlicher geworden sind, so liegt das, wie doch ganz klar ist, daran, daß wir eben auch bemüht sind, zu einem positiven Ergebnis zu kommen und, wenn künftig gute Vorschläge gemacht werden, die zwar unseren Wünschen nicht voll entsprechen, die wir aber doch vor unseren Wählern verantworten zu können glauben, an deren Annahme nicht verhindert zu sein. Ich meine, daß es doch deshalb richtiger gewesen wäre, statt uns die Unbestimmtheit unserer Vorschläge vorzuwerfen, diesen unseren guten Willen anzuerkennen und mit uns auf denselben Boden zu treten.

(Sehr richtig!)

Meine Herren! Der Herr Abgeordnete Dpiß hat ausgeführt, daß in der letzten Zeit eine Klärung dahin erfolgt sei, erstens, daß man die Bedeutung der Frage